

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Historisches Rathaus

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 17.05.2018

AN/0781/2018

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	07.06.2018

Flächen für neue weiterführende Schulen ausweisen – Schulbaunotstand wirksam angehen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am 07.06.2018 aufzunehmen:

Ausgangslage:

Kölner Eltern und vor allem Schülerinnen und Schüler müssen derzeit in Köln mit vielen Schwierigkeiten rund um das Thema Schule umgehen. Der Schulbaunotstand bedeutet: überfüllte Klassen, vollere Schulen, längere Schulwege und in vielen Fällen auch keinen Schulplatz an der gewünschten Schulform.

Die Bezirksregierung und der Schulträger bemühen sich nach Kräften um eine gerechte und wohnortnahe Zuweisung von Schulplätzen. Jedoch mussten in diesem Jahre trotz zwei neuer Gesamtschulen wieder 960 Kinder eine Ablehnung der von ihnen gewählten Schulform Gesamtschule hinnehmen. Deshalb braucht Köln dringend neue Gesamtschulen.

Darüber hinaus bringt die geplante Wiedereinführung des 9jährigen Gymnasiums neue Flächenbedarfe mit sich. Die Verwaltung hat bereits erste Lösungsansätze aufgezeigt und prüft insbesondere, wo bestehende Schulen erweitert werden können. Auch die Überlegungen zu neuen erforderlichen Schulstandorten werden derzeit konkretisiert.

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung bis zur Sitzung des Rates am 18.12.2018 einen fachübergreifend abgestimmten Vorschlag mit baureifen Grundstücken zur Errichtung von

5 neuen Gesamtschulen und

5 neuen Gymnasien

vorzulegen, auf denen kurzfristig Schulgebäude realisiert werden können.
2. Dort, wo es möglich ist, soll die Verwaltung bereits parallel zum laufenden Abstimmungsprozess mit der Vorbereitung der entsprechenden Planungsbeschlüsse beginnen, um für den Schulbau wertvolle Zeit einzusparen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Neuorganisation der Gebäudewirtschaft dafür zu sorgen, dass der Bereich der Schulbauten eine organisatorische wie personelle Priorisierung erfährt. Die verwaltungsinernen Prozesse aller Ämter, die am Schulbau beteiligt sind, sind so zu organisieren, dass die Verfahren an allen Schnittstellen Vorrang haben, damit die Priorisierung auch wirksam wird.

Begründung:

Die Probleme im Kölner Schulbau lassen sich in zwei wesentlichen Bereichen verorten:

- fehlende **Verfügbarkeit von Flächen** für neue Schulbauten
- **Umsetzungstau** bei den Neu- und Erweiterungsbauten für Schulen auf bereits identifizierten Flächen auf Grund der Personalnot und der noch ausstehenden Neuorganisation der Gebäudewirtschaft

Um im erforderlichen Umfang neue Schulplätze zu schaffen, reicht eine immer stärkere Ausweitung bestehender Standorte nicht aus. Es müssen vielmehr dringend neue Flächen identifiziert und „baureif“ gemacht werden. Insbesondere für Gesamtschulen müssen Flächen von entsprechender Größe für einen mindestens vierzügigen Schulbau benannt werden.

Bereits in den Jahren 2013 / 2014 hat es einen Prozess zur Identifizierung neuer Flächen für den Schulbau gegeben. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in Köln hat sich die Bedarfslage deutlich verschärft. Sowohl die stetig steigenden Bevölkerungs- und Schülerzahlen als auch die anstehende Umwandlung des Schulsystems von G8 zu G9 an Gymnasien führt zu einer erheblichen Anzahl zusätzlich erforderlicher Schulgebäude.

Auf Grund der Flächenkonkurrenz auf dem sich verdichtenden Stadtgebiet und dem immer noch nicht vorhandenen strategischen Flächenmanagement, ist hier eine konsequente Suche und Benennung von Grundstücken dringend erforderlich. Gerade auch wegen des erheblichen Drucks auf dem Wohnungsmarkt ist eine Verzahnung der Planungen unerlässlich. Hierbei ist entscheidend, dass

Stadtverwaltung, Politik und Stadtgesellschaft so zusammenwirken, dass nicht von vorneherein rein interessengeleitete Gründe eine weitere Prüfung bestimmter Grundstücke ausschließen.

Die SPD-Fraktion fordert seit geraumer Zeit eine Gesamtstrategie der Stadtverwaltung für den Schulbau. Hierzu gehört insbesondere, dass der Schulbau in der Gebäudewirtschaft eine Priorisierung erhält. Dies gilt sowohl für die interne Neustrukturierung der Gebäudewirtschaft als auch für den vorrangigen Einsatz von Personal für den Schulbau.

Die Planungs- und Umsetzungsverfahren für große Schulbauten dauern in Köln schlichtweg zu lang. Der Schulbau muss daher in der Zusammenarbeit der Gebäudewirtschaft mit anderen Ämtern eine hohe Priorität erhalten. Es ist dringend erforderlich, dass der Baudezernent die bestehenden Strukturen in diesem Sinne nutzt und die Bauprozesse entsprechend organisiert.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin